



Erscheint täglich Nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Abonnementspreis
halbjährlich für Halle und durch
die Post bezogen 2 Mark.

Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Rietschmann.
Fernsprecher nach Berlin und Belpitz. Anschluss Nr. 222.

Inserionspreis
für die fünfgepaltenen Corps-
Seite oder deren Raum 12 Wfr.

Reclama
vor dem Tagesflender die drei-
gepaltenen Beizeile oder deren
Raum 30 Wfr.

Nr. 67

Freitag, den 20. März 1891.

92. Jahrgang.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit für das II. Quartal 1891, für
die Monate

April, Mai und Juni

ein neues Abonnement auf das

Halle'sche Tageblatt.

Das Halle'sche Tageblatt wird auch im nächsten Quartal
eine Bereicherung seines Inhaltes erfahren; vornehmlich
werden wir bedacht sein, im Feuilleton nur anregend und
interessant geschriebene Romane, Novellen u. beliebter
Autoren zu veröffentlichen.

Den lokalen Zeitereisen der Stadt Halle wird das

Halle'sche Tageblatt

als eine der ältesten Lokalzeitungen unserer Stadt beson-
dere Aufmerksamkeit schenken.

In politischer Beziehung steht das

Halle'sche Tageblatt

nach wie vor auf gemäßigtem liberalen Boden.

Das **Halle'sche Tageblatt**

wird für ein gediegendes Zusammenwirken aller bürger-
lichen Elemente in unabhängiger Weise jederzeit einreten.
Im Feuilleton beginnen wir am 1. April mit dem
spannend geschriebenen Roman von W. Hoefler:

Dämon Gold.

Das **Halle'sche Tageblatt**
kostet durch die Post und durch unsere Träger bezogen
pro Quartal 2 Mark.

Redaktion

und Verlag des Halle'schen Tageblatts
(Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle).

Die Bildung einer allgemeinen Ordnungspartei.

Halle, 19. März.

Die „Deutsche Reichspartei“ für Halle und
den Saalkreis hat in den letzten Wochen verschiedene
Bezirksvereine abgehalten, in denen diese für unsere
Vaterstadt höchst wichtige politische Frage zur Diskussion
stand. Den Anwesenden war, wie aus den uns von
unseren Reichstagsdeputierten zugelegten Berichten ersichtlich
ist, die Nothwendigkeit der Bildung einer Ordnungspartei
in Bezug auf Halle'sche Verhältnisse einleuchtend; wir
begreifen auch keineswegs, daß die auf heute Abend ein-
berufene Versammlung für das Bundesviertel in Brühl
mit der Bildung einer Ordnungspartei einverstanden sei,
denn, es ist für Jedermann so klar wie die Hand, man
gestatte uns den vulgären Ausdruck, daß nur durch eine
Vereinigung der bürgerlichen Parteien Halle von dem
sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage befreit wird.
Es gilt den Sozialdemokraten niederzustimmen und den
Anhängern der Sozialdemokratie zu beweisen, daß die
bürgerlichen Elemente noch die Herren sind, es gilt das
moralische Uebergewicht wieder zu erlangen. Faktisch sind
wir hier die Bestiegen; Halle ist eine Hochburg der
Sozialdemokratie geworden; eine Schmach für die bürger-
lichen Parteien ist es, daß durch ihre Zuspätkommen dieses
geschehen konnte. Mit dem Sieg des Sozialdemokraten
ist für die bürgerlichen Parteien in Halle die Zeit der
Zülfandbatterien vorüber; jetzt heißt es handeln, einig
sein und die Stadt von dem Tyrannen befreien, alles
Anderes und besonders parteiartige Rücksichten und Maß-
nahmen sind eitel. Der deutschen Reichspartei für Halle
und den Saalkreis gebührt das Verdienst, sich zuerst von
den hiesigen bürgerlichen Parteien von der Parteifachlone
emancipiert und diese Frage, die heute aktuell ist und
morgen ernstlich an uns Alle herantritt, wird, praktisch
aufgeworfen zu haben; wir nehmen für uns das Verdienst
in Anspruch, zuerst an dieser Stelle in einer Reihe von
Bekanntmachungen die Gründung eines lokalen Ordnungspartei
nach dem Vorbilde der sächsischen Ordnungspartei
eingetreten zu sein. Wer eine Bezugsliste politisch
nicht treibt, der wird uns Recht geben müssen, wenn wir
es als erste Pflicht jedes Bürgers erklären, den Sozial-
demokraten niederzustimmen. Und dieser Pflicht sehen
wir uns hier gegenüber; wir haben wir ein Opfer zu
bringen, wenn wir unseren Wahlkreis von der Schmach,
durch einen Sozialdemokraten in der vornehmsten poli-
tischen Körperschaft vertreten zu sein, befreien wollen.
Tänken wir uns doch nicht über die hiesigen Verhält-
nisse; jede Beschuldigung gerichtet nur dem Sozialdemokraten

zum Vortheil. Jede Partei weiß, daß sie ohne die Andern
hier nichts ausrichten kann. Der Bevölkerungszuwachs
ist in Beziehung auf die Kräftigung der hiesigen bürger-
lichen Parteien derart zukunftsreich und derart unzuver-
lässig, daß weder die nationalliberale, noch die freisinnige,
noch die konservative Partei im Ernste mit ihm rechnen
könnte; die letzte Wahl wird in ihren Zuständen verhältniß-
mäßig für die nächste sein. Der Bevölkerungszuwachs
ist ein vorwiegend sozialdemokratischer. Die Reichspartei
und, wie wir zu wissen glauben, auch die nationalliberale
und die konservative Partei verstehen sich nicht, daß nur
durch ein Zusammenhalten aller bürgerlichen Elemente
der Sozialdemokrat aus dem Reichstage hinausgedrängt
wird. Die gemäßigten freisinnigen Parteien, wenn sie sich
über die Bestimmung ihrer Parteianghörigen nicht täuschen,
verschließen sich dieser Erkenntnis nicht. Der Gedanke
zur Bildung einer Ordnungspartei liegt nahe genug;
er wird nur perhorresziert durch den Glauben, daß
durch seine Verwirklichung man seiner Partei abschwört.
Das ist durchaus nicht der Fall und soll es auch nicht
sein. Das Kraftproben bei der Wahl wollen wir
den bürgerlichen Parteien nicht verweigern; nur bei der
Stichwahl soll die Ordnungspartei in ihre Rechte treten
und den Sozialdemokraten, der uns hier auf der Nase
tanzt, niederstimmen; das ist ein Sieg des Bürgerthums,
wenn es auch kein Sieg der einen oder der anderen
bürgerlichen Partei ist. Die Sorge vom kleineren Uebel
hört auf, wo Ordnung und Recht auf dem Spiele steht.
Den Sozialdemokraten überall, wo er sich zeigt, bekämpfen
und niederstimmen, das ist die positive Sozialpolitik,
die der Kaiser meint. Und dieser Aufgabe werden die
bürgerlichen Parteien nur dann gerecht, wenn sie sich
gegenseitig darüber verständigen, daß der Uebel Größtes
gemeinlich der Umfälligkeit, der Sozialdemokrat ist. Des-
halb begrüßen wir die praktischen Bemühungen der
Reichspartei und wünschen ihnen den gewöhnlichen Erfolg!

Berlin und Friedrichsruh.

Der von uns gestern angelegene Artikel der „Mittl.
N. Nachr.“ über die Briefe des Kaisers an Bismarck
lautet:

Aus Hamburg ist mitgeteilt worden, daß Fürst Bis-
marck abermals eine Anzahl (10) Briefe mit Manuskripten
und Wertpapieren nach England habe schaffen lassen.
Von früher dürfte bekannt sein, daß der Fürst schon zu
Anfang der letzten Jahre, als der Konflikt in Preußen
wüthete und man den glücklichen Ausgang des Krieges
von 1866 nicht voraussehen konnte, sein Vermögen, über-
wiegend einen Theil desselben zu London in sichere Ob-
jecte gegeben habe. Uns welchem Grunde der Altreichs-
kanzler aber jetzt, außer Wertpapieren, deren vortheilhafte
Platzierung im Auslande ihm kein Unbehagen verursachen
wird, auch Manuskripte, also doch wohl Briefe an ihn
und Niederschriften von seiner Hand aus Deutschland fort-
schafft, ist schwer ersichtlich. Denn die von sensation-
süchtigen Zeitungen vor 3-4 Wochen aufgebrachte Mel-
dung, die maßgebenden Personen in Berlin, d. h. wohl
doch der Kaiser und seine Umgebung, säßen mit Verlog-
nung der Veröffentlichung der „Denkwürdigkeiten“ des Für-
sten entgegen und seien entschlossen, nöthigenfalls mit Ge-
walt deren Herausgabe zu verhindern, haben doch nur in
urtheilslosen Kreisen Glauben finden können, welche jeden-
falls den tollsten politischen Klatsch der nächstern Wirt-
lichkeit vorziehen. Uns wird von durchaus vertrauens-
würdiger Seite versichert, es sei niemals an leitender
Stelle auch nur mit einem Worte die Rede davon ge-
wesen, durch besondere Maßnahmen dem Fürsten freige-
wie in der Freiheit seiner Bewegung in Wort und Schrift
zu beschränken.

Das ist allerdings andererseits ebenso richtig, daß der
Kaiser und seine Räte manche Aeußerung des Fürsten,
namentlich in seiner Presse, mit Schmerz empfunden
haben. Dennoch dürfte auch sein, daß der Kaiser wieder-
holt Verhalte gemacht, mit Bismarck nach dessen Ent-
lassung wieder in freundliche Beziehungen zu kommen. In
dieser Hinsicht erzählt man sich hier — eine Gewähr haben
wir selbstverständlich nicht übernehmen, obwohl die
Sache an sich nicht unglauwürdig ist, — daß dem Kaiser
sehr viel daran gelegen war, eine Anzahl Briefe wieder
zu erhalten, welche er an den damaligen Reichskanzler noch
als Fürst Wilhelm während der Lebenszeit seines Vaters
in sein Memoire geschrieben habe. Diese Briefe herauszu-
geben, habe indeß Fürst Bismarck den vom Kaiser ab-
geordneten Herren verweigert; man erinnert sich an die
Hesse des russischen Botschafters Grafen Schadow nach
Friedrichsruh und die Anwesenheit des Herzogs von Co-
burg, die offiziell nur der Aufführung seiner Oper „Santa

Clara“ gelten solle. Ferner hat der Fürst Bismarck
für das Weihnachtsgeschenk des Kaisers ein Album mit
Photographien aus dem Palais Kaiser Wilhelm's I.,
mit einem Briefe gekannt, aus welchem nach dem Aus-
druck unseres Gewährsmannes „ein Hauch eifriger Zurück-
haltung“ wehe. Viele wiederholte Aeußerungen haben
begreiflicherweise den Kaiser tief verstimmt; ob neuerdings
hierin eine Wandlung eingetreten, ob insbesondere der
lange Besuch Waldesees in Friedrichsruh hiermit zusam-
menhängt, müßten wir dahingestellt sein lassen. Am
1. April wird Fürst Bismarck 76 Jahre alt; der Tag
dürfte auch ein Licht auf die Beziehungen zwischen dem
Kaiser und ihm werfen. Vor 14 Tagen noch hielt man
es hier in Berlin für „nicht ausgeschlossen“, daß der
Kaiser dem Fürsten nicht gratulieren werde. Wir würden
es als höchst erfreuliches Zeichen auffassen, wenn dies
dennoch geschieht, obwohl die neueste Auslassung der
„Hamb. Nachr.“ nicht gerade dafür spricht.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 18. März.

Am Ministerische: Dr. Miquel, v. Heyden.
Eingegangen ist eine Vorlage, betreffend die nachträgliche
Genehmigung der bis zur Feststellung des Etats zu leistenden
Ausgaben.

Zunächst wird eine Reihe von Petitionen als ungenügend zur
Erörterung im Plenum erklärt und damit erledigt.
Darauf tritt das Haus in die Beratung eines Antrages
Sach (cont.) ein, der wie folgt lautet:
Der für das Finanzjahr 1891/92 der Staatsausgabenetat
nicht vor Beginn des Jahres zur Feststellung gelangen wird,
so wird die Staatsregierung ermächtigt, unter Vorbehalt der
verfassungsmäßigen Feststellung des Staatsausgabenetats für
das Jahr 1891/92, die im Staatsausgabenetat für das Jahr
1890/91 unter den dauernden Ausgaben vorgesehenen Staats-
ausgaben bis zum Juli 1891 in den Grenzen der beiden ein-
zelnen Kapitel und Theile für das Jahr 1890/91 bewilligten
Summen aus den Staatseinnahmen vorzutreiben zu lassen.
Zur Begründung dieses Antrages bemerkt:

Abg. Sad: Wir befinden uns in der Lage, der Vorläufigkeit
der Verfassung nicht genügen zu können, wonach das Budget
für das Etatsjahr im Voraus festgesetzt sein muß. Das Bud-
get ist zu rechter Zeit von der Regierung eingebracht worden,
wir hätten es auch fertigstellen können, aber nur mit An-
setzung der Erledigung der großen Reformfrage. Das von
mir vorgelegene Gesetz ist ein Vortheil und es ist auch
rein formaler Natur.

Finanzminister Dr. Miquel: Wir sind alle darin einig, daß
die Verfassungsbestimmungen auch dem Vorlaute nach soweit
als möglich beobachtet werden. Der Antrag Sach ist aber dazu
nach meiner Ueberzeugung viel weniger geeignet, wie die Finanz-
reue zugegangene Regierungsvorlage. Es steht ja wohl fest,
daß der Etat nicht vor dem 1. April verabschiedet werden kann.
Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im vorliegenden Falle
weder die Staatsregierung, noch den Landtag ein Verbrechen
trifft.

Der Antrag will nur zulassen, daß die dauernden Staats-
ausgaben weiter geleistet werden, wie sie für 1890/91 bewilligt
sind. Die Folgen würden sein, daß wir berechtigt wären, eine
Reihe von dauernden Ausgaben, die 1890/91 bewilligt sind,
weiter zu machen, obwohl die Staatsregierung gar nicht die
Absicht hat, sie weiter zu machen. Sie sind im Etat für 1891/92
gar nicht veranschlagt. Auf der anderen Seite ist eine Reihe
neuer Ausgaben in dem Etat für 1891/92 enthalten, die in dem
Etat für 1890/91 nicht stehen, in z. B. alle Bedürfniszahlungen,
die Gehalte für neue Stellen und alle extraordinären Ausgaben,
insbesondere gerade die außerordentlichen Raumausgaben, für
die es gerade am dringlichsten wäre, Abhilfe zu schaffen.
Es wird also durch diesen Antrag weder dem permissiven Ver-
dikt, noch den verfassungsmäßigen Bestimmungen Genü-
ge geleistet. Es bleibt ein großer Raum übrig, wo die Minister
aus eigener Verantwortlichkeit handeln müssen in der Erwartung
nachträglicher Bewilligung.

Das letztere muß ich auch bezüglich der Regierungsvorlage
zugeben, denn wenn es in der Verfassung heißt, alle Aus-
gaben und Einnahmen sind im Voraus für den Etatsjahr
festzustellen, so kann ich nicht leugnen, daß eine nachträgliche
Bewilligung dem Wortlaut der Verfassung nicht entspricht,
wohl entspricht sie aber dem Geiste der Verfassung; werden
doch in jedem lautenen Etatsjahr eine Reihe von Ausgaben
nachträglich genehmigt. Darin kann nicht Verfassungswidriges
liegen. Die Regierungsvorlage befolgt, alle diejenigen Aus-
gaben, welche bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatsaus-
gabenetats innerhalb der Grenzen desselben geleistet werden,
werden nachträglich genehmigt. Daran resultirt, daß die
Minister und die gesamte Staatsverwaltung nicht weiter
Ausgaben leisten als bis zur Grenze des demnach festzustellenden
Etats. Jeder Minister wird sich also fragen, wie weit kann
ich Ausgaben machen, wie weit steht mit Sicherheit fest, daß
der Landtag sie genehmigt. Eine Reihe von Ausgaben
steht dadurch fest, daß sie auf rechtlicher Verpflichtung beruhen;
so die Ausgaben für Gehaltszinsen u. dgl. Diese werden durch
den vorliegenden Regierungsvorlage, ebenso wie durch den An-
trag Sach genehmigt. Es kommen dann Ausgaben ditionärer
Natur. Solche werden selbstverständlich unterlassen werden
können, soweit wir keine Veranlassung haben, Verantwortlich-
keiten zu übernehmen. Dagegen wird eine Anzahl dringlicher
Ausgaben geleistet werden können, bei denen der Minister gar
keinen Zweifel hat, daß die Ausgaben bewilligt werden. Hier
wird der Minister auf seine eigene Frage keine
geantwortet, als sie geleistet werden kann. Ich bitte Sie also, die

Vorlage der Regierung anzunehmen und den Antrag Sach ab-
zulehnen. (Beifall.)
Hr. v. Manteuffel: Nach den Ausführungen des Ministers
beantworte ich, über den Antrag Sach zur Tagesordnung über-
zugeben.
Hr. v. Manteuffel: Man kann es nur im höchsten Grade
anerkennen, daß ein Mitglied dieses Hauses einen solchen Antrag
eingeklagt hat. Wir könnten aber dem Antrag Sach in der
Bundestkommission eine Ergänzung dahin zufügen, daß die
Regierung erklärt: die die Ausgaben sind zu machen, und
das Haus die Ermächtigung dazu erteilt. (Beifall links.)
Hr. v. Manteuffel: Auch ich bin dem Antrag Sach
bauhar, daß er eine Verfassungsklage über zur Diskussion
gebracht ist. Aber damit ist nicht gesagt, daß ich den Antrag
auch annehme. Der Vergleich mit dem Jahre 1876/76 ist
nicht, damals war ein Etatsentwurf überhaupt noch nicht ein-
gebracht. Heute aber wollen wir, daß der erste Etat überhaupt
von dem vorläufigen abnimmt. Wir würden uns einer inneren
Unordnung schuldig machen, wenn wir mit offenen Augen
solch eine Sachverhaltung treffen würden. Ich bitte den
Antrag Sach daher abzulehnen.
Hr. v. Manteuffel: (wird) ist der Meinung, man hätte erst das
Budget fertigstellen sollen. Auch jetzt werde man mit dem
Schuldsatz und der Landgemeindeordnung doch nicht fertig
werden. Der Antrag Sach ist beifällig. Der neue Etat ent-
halte Gebaltsersparnisse, welche gewährt werden müssen, was
bei Fortdauer der alten Verhältnisse nicht möglich sei.
Damit schließt die Diskussion.
Zur Geschäftsordnung v. d. H. Es ist seinen Antrag zurück-
zuweisen. Die neue eingegangene Regierungsvorlage bezüglich der nach-
träglichen Bewilligung wird sofort an die Budgetkommission
verwiesen.
Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz be-
treffend die Bildung von Wasserzweckgenossenschaften vom 1. April
1879 für das Gebiet der Buxtehuder und ihrer Nebenflüsse.
Der Antrag Liebenow wird angenommen und die Resolu-
tion Schuldsatz an die Agrarkommission verwiesen.
Der Gegenstand betr. den Rechtszustand zum Verzugsum
Sachen-Meinungen an Breußen abgetretener Gebiete ist im
Antrag Liebenow, sowie die Abtretung preussischer Gebiete
theile an Sachsen-Meinungen wird in erster und zweiter Be-
ratung ebenfalls angenommen.
Desgleichen wird der Gegenstand betr. Erweiterung des
Schuldsatzes, welcher bestimmt, daß für die insolventen
Anliehen mit verschiedenen Fälligkeiten getrennte Richter vorzu-
legen sind, mit einem vom Abgeordneten v. Camy beantragten
und von der Regierung als unvorteilhaft acceptierten Zusatz
in erster und zweiter Beratung angenommen.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung: Donnerstag 11. Uhr. (Dritte Sitzung
kleiner Vorlagen. Etat der Eisenbahn- und Bauverwaltung.)
Schluß 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Ueber die persönlichen Verhältnisse innerhalb
des Centrumpartei bemerkt die National. Corresp.:
Die Centrumpartei ist niemals reich an ganz hervor-
ragenden Männern gewesen. Der bedeutendste, den sie
jemals besaßen, Windthorst, ist jetzt tot, ein anderer, Herr
v. Franckenstein, der mehr durch sein persönliches Ansehen
als durch besonders hervorstechende Verdienste als eine le-
tende Stellung einnahm, ist ihm vor kurzem im Tod voraus-
gegangen, Herr v. Schorlemer-Nes ist vom politischen
Schauplatz zurückgetreten und ein alter kranker Herr ge-

Ironie des Schicksals.

77) Roman von Fedor von Bobeltsh.
(Nachdruck verboten)
„Verstehen Sie mich nicht falsch, wenn ich Ihnen den gut
gemeinten Rath erteile, jede freie Stunde, die Ihnen in
Berlin übrig bleibt, dazu zu benutzen, sich einzuschließen.
Ich habe mich mit einem Worte gegen das beschriebene
Duell gesprochen — obgleich nicht. Ich gehöre nun
einmal nicht zu denen, die im Zweikampfe nichts als
einen traurigen Miß mittelalterlicher Barbarei sehen wollen
— im Gegentheil, ich halte ihn für die einzig ritzerliche Art,
Differenzen schwerwiegender Natur zum Austrage zu bringen.
Das sind Ansichtssachen, aber die sich streiten läßt;
ich ehre auch die entgegengekehrte Meinung, freue mich
aber, Sie auf meiner Seite zu finden. Ein Duell ist in
jedem immer ein Kampf um Leben, auch wenn die Se-
kundanten Bedingungen durchgesetzt haben, welche die Mög-
lichkeit eines unblutigen Ausgangs erleichtern helfen sollen.
Sien Sie also auf der Hut, Felix; Ihr Gegner ist sicher
ein gewandter Schütze — treten Sie ihm nicht unvorbereit
gegenüber!“
Ich drückte dem Alten die Hand. Es lag etwas
Nüchternes in seiner Vorrede um mich und in der Art,
wie er sein faires Festhalten an aristokratischen Ueber-
lieferungen mit einer milderen und freieren Denkwiese zu
vereinigen suchte.
„Sien Sie lebte sich schnell um, während ich im Garten
verblieb. Dann führten wir gemeinsam nach Salsitz zu-
rück, wo Stern sich unverzüglich auf den Weg machte,
um Salau aufzusuchen.“

XX.

Es war inzwischen Abend geworden. Ich hatte mich
auf mein Zimmer begeben, um die letzten Vorbereitungen
für die Messe zu treffen. Das Licht auf dem Nachtschisch
brannte trüb und qualmend, und die Luft war in dem
kleinen Gemache so drückend, daß ich mich beulte, mit
dem Zulammenpressen meiner Sachen fertig zu werden,
um auf die Terrassen gehen zu können. Doch als ich
den Hut auf den Kopf setzte, kloppte es leise an die
Thüre.
„In der Meinung, Eltern thüne schon zurückgekehrt sein,
öffnete ich. Aber nicht der Baron stand vor mir, sondern
eine verschleierte Mädchenperson, die mit rascher Bewegung
über meine Schwelle schritt und dann mit tiefem Athem-
zuge den Schleier zurückschlug und gleichzeitig die Knöpfe

worden, der schwerlich noch einmal eine öffentliche Rolle
spielen wird, auch Reichspräsident ist ein alter Mann, der
eine leitende Stelle nicht mehr einnehmen kann. Unter
den jüngeren parlamentarischen Mitgliedern der Partei be-
finden sich zahlreiche tüchtige, sachkundige und beredte
Männer, aber keiner, der ein so allgemeines und befehltes
Ansehen in der Partei genießt, daß ihm unbestritten die
Führerrolle zufallen müßte. Man weiß jetzt häufig auf
Herrn v. Huene, Herrn Forst oder Herrn Eberer hin;
sie gehören ohne Zweifel zu den tüchtigsten Mitgliedern der
Partei, aber der erstere sieht auf dem äußersten reactionä-
ren Standpunkt, die beiden andern auf dem demokratischen
Flügel der Partei. Herr Forst oder Herr Eberer würden
bei den Aristokraten und Agrarier des Centrums sich
ebenso wenig ein gebietendes Ansehen zu verschaffen ver-
mögen, wie Herr v. Huene bei den rühmlichen Demokraten
der Partei, und den „Preußen“ werden jedenfalls auch
die auf ihre Selbstständigkeit eifersüchtigen und schwer zu
behandelnden süddeutschen Ultramontanen sehr zurückhaltend
gegenüberstehen; aber auch sie haben weder einen Mann
unter sich, der ein ganz überwiegendes Ansehen genießt.
Anderer im Vordergrund stehende Mitglieder der Partei,
wie die Herren v. Heereman und Graf Ballström, die
ersten Vicepräsidenten im Abgeordnetenhaus und Reichs-
tag, eignen sich doch mehr zu repräsentativen Stellungen,
als daß sie zu einer leitenden politischen Rolle berufen wären.
? Sitzung der Reichstagsbau-Kommission. Man
schreibt uns aus Berlin, 18. März. Die Reichstags-
bau-Kommission hielt gestern Mittag 1 Uhr im alten
Reichstagsgebäude abermals eine Sitzung ab, um an der
Hand einer großen Anzahl von Zeichnungen, Plänen und
Entwürfen über die innere Ausschmückung des Reichstags-
gebäudes zu entscheiden. Es handelte sich um die wichtige
Frage, ob die große Wandelkammer in echtem Material d. i.
stirrenen Kalkstein oder in Stuck und Gips ausgeführt
werden soll, dergestalt, daß die sämtlichen Ornamente
und Architekturdetails in Gips hergestellt werden. Bei der
Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit, indem sich jedes
Mitglied gegen die Ausführung in echtem Material er-
klärte; das Uebergebliebene sei ein negatives, indem
der Beschluß dahin geht, Stuck und Gips in Anwendung
zu bringen. Bestimmung für diese außerordentlich bedauer-
liche Beschluß war bezüglich des Bedenkens, daß die Aus-
führung in stirkem Kalkstein zwei weitere Jahre über
den für die Beendigung der Arbeiten in Aussicht genom-
menen Endtermin, nämlich das Jahr 1894, hinaus er-
fordern würde. Auch der Vermittlungsvorschlag, die
Wandhülle vorläufig aus dem Rahmen des Ganzen aus-
zuschließen, wodurch der Verkehr im Hause durch nichts
beschränkt werden würde, im Uebrigen aber das ganze
Baujahr 1894 fertig zu stellen, wurde gleichfalls
abgelehnt. Damit ist also entschieden, daß der größte
Repräsentationsraum des Gebäudes, welches bestimmt ist,
die Ehre des deutschen Reiches gleichsam zu verkörpern,
späterhin in gerade unwürdiger Gestalt präsentiert wird.
Wie vom Mitteltheilung muß der Beschluß der Reichstags-
bau-Kommission auch vom praktischen Standpunkte miß-

billigt werden, da die Ausführung in der jetzt beschlossenen
Weise jährlich wiederkehrenden Reparaturen und Erneue-
rungen des Ansehens der öffentlichen Denkmale und
Architekturwerke nöthig machen wird. Das Plenum des
Reichstags wird sich nach dieser mit dieser Angelegenheit
zu beschäftigen haben. Hoffentlich wird dasselbe, entgegen
den Beschlüssen der Kommission, den Plänen und Ent-
würfen des leitenden Architekten Rechnung zu tragen und
in Berücksichtigung der jüngsten Session des Verbandes
deutscher Kunstgewerbetreuer für einen würdigen, dem
ursprünglichen Plan gemäßen innern Ausbau ein-
treten.
— Das Feuertagegesetz. Der Antrag wegen Aufhebung
des Feuertagegesetzes wird allem Anschein nach in
dieser Session nicht zur Verhandlung gelangen. Nichts
desto weniger verdient ein Vorgang hervorgehoben zu
werden, über den jetzt nähere Mittheilungen an die Öffent-
lichkeit gelangen. Danach ist dem Vorstand des Deutscher
Reichstages, dem dem Bureau des Reichstages Vizepräsident
seiner an den Reichstag gerichteten Petition mit der Bitte
überreicht hatte, sie an die Reichstagsmitglieder zu ver-
theilen, die Sendung mit dem Bemerkten zurückgeschickt
worden, daß die Erlaubnis zur Vertheilung vom Präsi-
dium nicht erteilt worden sei. Da angenommen wurde,
daß die Vertheilung nur wegen eines Formfehlers abge-
lehnt sei, so erbat der Vorstand sich vom Reichstags-
präsidenten schriftlich Auskunft darüber, ob ein Formfehler
bei dem Gesuch begangen sei, sowie um eine Auskunft
darüber, nach welchen Grundbänden bei der Ertheilung oder
Verweigerung einer solchen Erlaubnis verfahren werde.
Darauf hat der erste Vizepräsident des Reichstages, Graf
Ballström, erwidert, daß die Ablehnung des Gesuchs
keineswegs wegen eines Formfehlers erfolgt, daß die Mit-
theilung der Gründe jedoch nach den seit Jahren bestehen-
den Geschäftsgrundsätzen ausgeschlossen sei. Eine weitere
Auskunft dieser Angelegenheit wird wohl noch erwartet
werden können.
— Herbetts. Einer der „Völkischen Zeitung“ aus
London zugehende Meldung zufolge erklärt die „Times“
über Wien, im französischen Ministerrath am vorigen
Donnerstag sei die Auberung Herbetts, des französi-
schen Botschafters in Berlin, beschlossen worden. Auch
der Pariser „Figaro“ betrachtet, trotz der von anderer
Seite ergangenen Auberungen, die Auberung Herbetts
als eine ausgemachte Sache.
— Aus dem Saarrevier. Das Hauptthema in der
Verarbeiterbewegung bildet jedoch die Beschuldigung des in-
ternationalen Kongresses zu Paris. Die „arbeiterfreund-
liche“ katholische Presse im Bezirk hatte bereits gegen
den Kongreß in Halle agitirt und wendet sich jetzt eben-
falls gegen den Pariser. Die Antwort hat man derselben
in unpassender Weise am Sonntag in Sulzbach er-
theilt. Herr Kaplan Dasbach muß wohl nicht wenig ver-
blüfft gewesen sein, als man unter lebhaftesten Protesten
sein Antrreten in der Verammlung der Gewerkschaften
verhinderte. Diese wohl von Wenigen geachtete Abgabe ist
gleichbedeutend mit dem endgültigen Abfall von der Cen-

trumpf-
richtig
von P
halber
aus de
vom
auf de
des j
Looman
nur ein
Zweifel
der Be
jetzt g
Biele
lichen
noch et
Sache
n
gehrig
Vorge
Lomm
Niem
den
Alphar
stimmte
einige
Brem
Anfang
hüßere
denfalls
gelegt
die
18 her
stell
Berber
abante
Panger
mleer
Rever
dieje
geschl
Länge
Meier
schmer
Sabb
16. W
Zomer
Borart
Ded i
lanen
S
der für
reichl
wieder
von d
Weie;
lein, a
Me
so ich
daß a
franzö
ist, u
untere
Ber
der
schun
ich lei
redend
freund
Paris
noch
entlic
Fortl
an de
der D
daß fr
denlic
denlic
keine
halsen
wien
Tanzl
lein l
durch
amten
stücht
men
der
er
we
d
niffe
der
wie
schid
Telle
hisse
an
des
vorg
Euen
den
mei

ihres Jacketts antrieb, als beunge der sonnerlich dünne
Stoff ihre Brust.
„Fräulein Bernut?! — Was führt Sie zu mir? Stehen
wir noch nicht klar zu einander?“
Im flackernden, seltsame Reflexe im Zimmer verstreuten
Lichtscheinere sah ich, daß das Gesicht Nenn's aus
dem die großen blauen Augen unheimlich hervorleuchteten,
fast weiß war.
Sie ließ sich erschöpft auf dem nächsten Stuhle nie-
der.
„Ich mußte Sie sprechen,“ sagte sie leise und tonlos,
„mein Gott, was habe ich in diesen letzten Stunden
gelitten!“
„Sie, Fräulein Bernut?!“ Ich lachte höhnlich auf.
„Was wissen Sie von Leben! Wer es so meisterhaft
versteht, in das Herz Anderer vergiftete Pille zu schießen,
kann n eigenen Schmerz nicht fühlen!“
„Sie tenke den Kopf tief auf die Brust herab.
„Ich habe es verdient, daß Sie so zu mir sprechen,“
entgegnete sie, und ich bin auch nicht gekommen, mich zu
vertehdigen! Nur um Eines bitte ich Sie“ — und
ich jetzt sprang Nenn, wie einer plötzlichen Eingebung folgend,
empor und ergriß, dicht an mich heranretend, meine
Hände, die sie kampftüchtig drückte — „halten Sie mich
nicht fest, weil ich in unedler Aufwallung zur
Mordthatin wurde — ich that es, weil ich Sie vor
Schlimmerem bewahren wollte, weil — o Du mein Gott,
joll ich es Ihnen wiederholen, was Sie doch schon wissen!
— weil ich Sie liebe!“
Sie glitt, mich mit ihren Armen umschlingend, an
mir herab und blieb zu meinen Füßen liegen. Ihr
Gesicht war gegen meine Kniee gepreßt; sie schloß
leise.
In diesem Augenblicke lag mir nicht ferner, als eine
Regung der Leidenschaft. Aber ein wilder Gedanke durch-
zuckte mich doch, als ich das liebeslühende Mädchen mit
wogender Brust, aufgelschloß vor Egan aber sich selbst
und dennoch nicht fähig, das graulose Blut zurückzu-
dämmen, zu meinen Füßen liegen sah. Ich hätte ihr
nur die Arme entgegenzuführen brauchen, und sie hätte
an meiner Brust gelegen und ihre brennenden Lippen hätten
in selbiger Verzückung die meinen gesucht — und das
war auch eine Kade gewesen für die verschmähte Liebe
und den Treubruch, unter dem ich litt! — Freilich nur
ein wilder Gedanke war es dieses Aufstoßen in dem
erregten Nerven — mehr nicht. Ich behielt Kaltblütigkeit
genug, mit jeder Hand die Umschlingung des Mädchens
zu lösen.
„Stehen Sie auf, Fräulein Bernut!“, sagte ich, und

ich bemühte mich, in meine Stimme einen warmen Klang
von Mitgefühl zu legen, „und lassen Sie zu sich. Ich
will vergessen, was Sie in der Aufregung zu mir sprachen,
will auch vergessen, was Sie mir angethan haben — nur
fordern Sie nicht, daß ich mich an diesem heutigen Tage
mit Ihnen in Auseinanderlegungen ergehe, die doch nur
— fruchtlos ausfallen würden. Meine Kräfte sind er-
schöpft — glauben Sie mir: ich bin sehr elend, gestig
wie körperlich!“
Nenn hatte sich erhoben — ruckweise und mühsam.
Als würde ihr das Aufstehen schwer, aber mit wehrender
Bewegung als ich ihr meine Hilfe anbot. Sie trat einige
Schritte zurück, bis Sie dicht an der Thür des Zimmers
stehen blieb, so daß ein breiter Raum frei von mir trennte.
Dann kreuzte sie die Hände über der Brust und schlug
langsam das Auge zu mir auf.
„Ich verziehe,“ entgegnete sie, „es ist das zweite
Mal, daß Sie mich von sich weisen — aber ich zürne
Ihnen nicht mehr. Ich werde fürberhin allein meiner
Wege gehen, wie Sie mir damals im Walde riefen, und
mir Mühe geben, Ihnen nie wieder zu begegnen — nie
wieder! Doch noch Eines lassen Sie mich ansprechen.
Ich habe mit angsterfülltem Herzen an der Thüre ge-
lauscht, als Odel Dornstein der Tante erzählte, daß Sie
sich mit Salau duelliren wollen. Das würde ich nicht.
Versprechen Sie mir, von diesem Zweikampfe Abstand
zu nehmen — Ihr Wort soll mir genügen — andern-
falls schwebt ich Ihnen zu, daß ich selbst Himmel und
Erde in Bewegung setzen werde, das Duell zu verhindern!
Ich würde unverzüglich der Mutter des Prinzen tele-
graphiren, würde die Polizei benachrichtigen — kurz,
würde Mittel finden, Sie von Ihrem Vorhaben abzu-
bringen.“
„Sie hatte das Alles in ruhigem und sanften Tone ge-
sagt, als handle es sich um etwas Alltägliches nicht um
Jutnant und Egre.“
„Wollen Sie mich einschüchtern?“ gab ich empört
zurück, „und glauben Sie, daß Sie das verlangen? Soll
ich die Schmach, die mir an Ender angethan ist, mit
billig auf mich lassen? nicht einmal den Versuch
wagen, meine Ehre zu rächen?“ — Sehen Sie nach
Hause, Fräulein Bernut, und überlegen Sie in ruhi-
ger Stunde, welche Unmöglichkeit Sie von mir for-
dern!“
„Ich werde gehen — doch nur, um meine Vorberei-
tungen zu treffen, dies unsinnige Duell zu verhindern.
Meinen Sie denn, Sie Ehrbrücker, Prinz Salau werde
zögern, die Waffe an Ihr Herz zu richten?“
(Fortsetzung folgt.)



transpartei. Dem Centrum ist es seit langer Zeit anständig genug darum gewesen und man hat vor Halle und vor Paris wohl nicht der sozialdemokratischen Richtung halber gewarnt, als aus dem Grunde, die Anhänger nicht aus dem bisherigen Artell zu verlieren. Die nämlich von Reichsanzleger verfassungskonforme Erklärung in Bezug auf den Minimallohn und der 8-Stundenfrist ist hier bis jetzt gar nicht erörtert worden. „Paris“ heißt die Lösung und die Agitation der obengenannten Presse nur einen sehr schwachen Erfolg gehabt hat, so wird ohne Zweifel die Deputation auf die Reise gehen. Von Seiten der Behörde hat man sich klugerweise in die Sache bis jetzt gar nicht hineingemischt. Auch ist anzuerkennen, daß Vieles geschehen ist, was das Wort befähigt, die staatlichen Werke sollen Musteranstalten werden, wenigstens noch etwas mehr Scharfsinn bei der Durchführung der Sache zu wünschen gewesen wäre.

von der Marine. Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Das Panzerfahrzeug „Breme“ ist gestern Morgen mit folgendem Stab in Dienst gestellt worden: Kommandant Kapitänleutnant Beder, erster Offizier Lieutenant z. S. Zimmermann, Lieutenant z. S. Zimmermann II, Unterleutnant z. S. Guesler, Assistentarzt Dr. Martin, Obermaschinist Trümper und Zahlmeister-Aspirant Kunz. Die übrigen für den Sommerdienst bestimmten Schiffe werden Anfang bzw. Mitte April, einige noch später, zur Probefahrt gelangen. Für „Breme“ hat man mit Rücksicht auf die ihr zufallende Aufgabe der Nordbesichtigung als Schutzbüchse einen früheren Termin gewählt, wie man andererseits die Aufmerksamstellung gegen frühere Jahre um 6 Wochen später gelegt hat. Die „Breme“ repräsentiert nicht ihren Schutzbüchsen, sondern einen besonderen Typ unter den 16 Panzerfahrzeugen, die künftighin den Küstenschutz der Nordsee dienen. 11 derselben gehören zur Hauptflotte, 2 davon, die nach Caprivis vorgeschlagen abant, „Siegrid“ und „Beowulf“, nähern sich der Panzerflotte, das letzte endlich, „Arminius“, ist eines unserer ältesten Fahrzeuge, das im Kieler Hafen jetzt in Reparatur liegt. Das Panzerfahrzeug „Breme“ ist wie die übrigen der Hauptflotte in Bremen bei der Aktien-Gesellschaft Meyer erbaut und lief 1884 vom Stapel. Die Länge des Fahrzeuges beträgt 62 Meter (Weise 44 Meter), die Breite 8,5, die Tiefgang 3,2 Meter. Die Maschinen indizieren 1500 Pferdekraft und versehen dem Fahrzeug eine Geschwindigkeit von 15 Knoten, (Siegrid 10, Weise 9). Der Wasserraum ist sehr gering, (866 Tonnen gegen 1109 bei Weise), so daß nur ein kleiner Vorrath von Kohlen mitgenommen werden kann. Das Deck ist gepanzert, die Armierung besteht nur aus einer Laminat 21 Centimeter-Ranne.

Die Verhältnisse in Voithringen werden in Folge der für das Reichsthum so erfreulichen Entsendung der reichsständischen Deputation unter den dortigen Deutschen wieder lebhaft besprochen. Eine Zukunft, welche uns von dort zugeht, beleuchtet die Lage in recht trübseliger Weise; die Ansalung dürfte um so bemerkenswerther sein, als sie aus altheidischen Kreisen hervorgeht.

18. März. Nach den Ereignissen in Paris — so schreibt man uns — und nachdem festzuhalten scheint, daß an ein friedliches Nebeneinanderleben mit unseren französischen Nachbarn auf lange hinaus nicht zu denken ist, interessiert es vielleicht, etwas über die Stimmung unterer hiesigen Bevölkerung zu hören.

Wenn man in Altdeutschland etwa glaubt, daß hier in den seit der Annexion verflorenen 20 Jahren ein Umschwung zu Gunsten Deutschlands eingetreten ist, so muß ich leider sagen, man irrt sich gewaltig. Der französisch redende Theil der Voithinger ist uns immer noch wenig freundlich gesinnt, verfolgt unerbittlich die Vorgänge in Paris und wartet aufstöhnend nur auf den Moment, wo noch einmal das Schwert über die Geschichte des Landes entzündet soll. Die deutsche Sprache hat hier keinerlei Fortschritte gemacht, man hört von der Bevölkerung selten ein deutsches Wort. Die Hoffnung, daß die Ableistung der Dienstzeit eine Aenderung hierin herbeiführen würde, hat sich leider als trügerisch erwiesen. Inlere aus Altdeutschland heimkehrenden Wehrmännern haben zwar die deutsche Sprache gelehrt, da sie aber hier für dieselbe keine Verwendung finden, ist das Erlernen nach einem halben Jahre wieder vergessen. Unsere Soldaten sind einzig und allein auf den Verkehr unter einander angewiesen. Bei den für die Mannschaften stattfindenden Zusammenkünften z. B. an Kaisers Geburtstag erscheint kein lohnendes Mädchen, die Tänzerinnen werden allein durch das Dienstpersonal der deutschen Offiziere und Beamten repräsentiert. Während der Manöver ist ein verhältnißmäßig großer Quartiergebern und Einzelquartieren fast ausgeschlossen und Alles verläuft in den Formen höher Höflichkeit. Die Stellung des Statthalters, der übrigens allseitig geachtet wird, ist eine schwierige, weil zu viel Fehler der ersten Verwaltung gut zu machen sind. Die in bestgemeiner Absicht gemachten Zugeständnisse derselben werden in der Bevölkerung für ein Zeichen der Schwäche gehalten. Der Voithinger aber verlangt eine feste Hand und vertritt keine Konzeptionen. Es wird länger Zeit bedürfen, ehe wir von willkürlichen Fortschritten zu Gunsten Deutschlands werden reden können.

Dementi. Straßburg, 18. März. In einem Telegramm an die „Königliche Zeitung“ dementirt der hiesige Polizeipräsident die Nachricht des Blattes, wonach am letzten Sonnabend die Extradition über die Antwort des Kaisers auf die Adresse eine gewisse Aufregung hervorgerufen und in einigen Wirklichkeiten lärmende Szenen sich abgepielt hätten. Die Nachricht ist vollständig unrichtig. Die Berichtigung des Polizeipräsidenten wurde den hiesigen Zeitungen in Abschrift mitgeteilt.

Russland.

ou. General Cam Gallas. Man schreibt uns aus Wien: Der Dienstag Nachmittags verstorben General der Kavallerie Graf Edward Cam Gallas war bereits seit langen Jahren schwer leidend. Sein Tod weckt die Erinnerung an die Kämpfe von 1866, in denen Graf Cam Gallas eine höchst ansehnliche Rolle spielte. Er commandirte im Jahre von 1866 das 1. Armeekorps. Auf Grund der Meldungen der Kommandos der Nord-Armees, daß der Zustand dieses Armeekorps nach dem Geschehe bei Ficht zur Einstellung der Operationen der Hauptarmee zwingen mußte über die Führung des General Cam Gallas eine Untersuchung eingeleitet und derselbe von der Armee abberufen werden. Die Ergebnisse konstatirten indess den Mangel eines ihn gravirenden Thatbestandes, und als der General dennoch um die kriegsrechtliche Untersuchung bat, erkannte das in allen Instanzen befähigte kriegsrechtliche Urtheil seine Schuldlosigkeit an. Am 23. October desselben Jahres wurde der General auf seine Bitte in den supernumerären Stand versetzt, und im März 1868 quittirte er mit Belbehalt seines Militärcharakters. Aus der früheren Laufbahn des verstorbenen Generals sind folgende Momente hervorzuheben: Im Jahre 1805 in Prag geboren, begann Graf Cam Gallas seine militärische Karriere 1823 als Rittmeister im 8. Kürassierregiment und war 1846 bereits Generalmajor. 1848 hatte er als Brigadier in Mailand den Abzug der Armee zu befehlen. Wegen seiner Betheiligung bei Curtiozza in demselben Jahre wurde er mit dem Ritterkreuz des Maria-Theresia-Ordens dekretirt. Am 30. April 1849 wurde er zum Feldmarschall-Lieutenant befördert und Anfangs Juni zum Kommandanten des siebenbürgischen Armeekorps ernannt. Mit diesem schlug er Ven und entaunete das Syzlerland. 1851 wurde er Landes-General-Kommandant von Böhmen, auf welchem Posten er bis 1866 blieb. An der Schlacht von Solferino und an jener bei Magenta nahm er hervorragenden Antheil. Im April 1861 wurde er lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses, 1862 Ritter des Goldenen Stiefes. Er war Besitzer der Allodial-Güter Friedland, Reichenberg z. und mit einer geborenen Gräfin Dietrichstein vermählt, welche heute noch in der Wiener aristokratischen Gesellschaft eine tonangebende Stellung einnimmt.

A Die Kommune. Auch der „Vorwärts“ widmet dem 18. März, dem Geburtstag der Pariser Kommune, einen Festartikel, wenn auch nicht auf futuristischem Papier, wie die „Kollektivisten“. Zugleich hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei in Deutschland eine Adresse an die den Geburtstag der Pariser Kommune feiernden französischen Sozialisten gerichtet, in der es heißt: „Der 18. März, der Gedanktag der Berliner Erhebung von 1848 und der Pariser Kommune von 1871, ist zu einem internationalen Feiertag geworden, dessen man in unserem Deutschland in jeder Stadt, in jedem Ort, wo es Sozialdemokratie giebt, ernst denkt, und das gegenwärtige Geschlecht durch die Erinnerung an die Großthaten der Vergangenheit für die schweren Aufgaben der Gegenwart und die Schwestern der Zukunft zu fähigen!“ Mit bewährten Worten formulirt eine Partei, deren Führer jetzt vor Entthronung überdauern, wenn man sie daran erinnert, daß ihre Bestrebungen nur auf blutigen Wege verwirklicht werden können. Was die Großthaten der Kommune betrifft, deren Erwähnung in zur Genüge beweist, wie die irdischen Versicherungen von Völkern und Genossen zu beurtheilen sind, so ist die Geschichte der Götterdenkmal in Paris noch zu frisch in Aller Gedächtnis, als daß darauf besonders eingegangen zu werden brauche. Der „Vorwärts“ meint allerdings, daß die Kommune — außer in ethischen Kampfe — kein Blut eines Feindes vergossen habe; die Erziehung der Generale Secombe und Clement Thomas sei vor, die der Gelleiten nach dem Bestand der Kommune gehalten. Das ist so die Art, wie die Sozialdemokratie ihre Geschichte schreibt. Der Bechtel zur Erziehung der Gelleiten trägt die Unterchrift von Delescluze ebenso wie zur Niederbrennung der verdächtigen Häuser und öffentlichen Gebäude.

Die kaiserliche Antwort an die finnischen Landstände. Petersburg, 18. März. Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht einen kaiserlichen Erlass, durch den der Generalgouverneur von Finnland beauftragt wird, den treuen finnischen Unterthanen des Kaisers mitzutheilen, daß der Kaiser geneigt sei, dem finnischen Volke wie früher sein Wohlwollen und Vertrauen zu schenken, ihm seine Fürsorge zu widmen und die von den russischen Monarchen verliehenen Rechte und Privilegien stets zu wahren. Es liege nicht in der Absicht des Kaisers, die Grundlagen der im Lande bestehenden inneren Verwaltungordnung abzuändern. Das Schriftstück, das die Antwort des Kaisers auf die Ergebnisse der Adresse der finnischen Landstände ist, spricht den Dank des Kaisers für die Adresse aus und schließt mit den Worten, der Kaiser sei bereit, von der Ergebnisse der Bevölkerung Finnlands zu erwarten, daß sie einmüthig an der Bewirkung seiner Welsungen, die auf die Festigung des kaiserlichen Verbandes des Großfürstenthums mit dem Reiche abzielen, mitwirken werde.

In dem Erlass des Kaisers, betreffend Finnland, wird die Ergebnisse der Adresse der finnischen Landstände ausdrücklich erwähnt. In diesem wurde von der in Finnland herrschenden begen Stimmung, die durch einige auf den engeren Anschluß des Großfürstenthums an die übrigen Reichstheile abzielende Maßnahmen hervorgerufen worden, Mitteilung gemacht. In dem Decretie heißt es nun:

„Nur eine fassliche Auslegung der Grundlagen für die Beziehungen Finnlands zum Reiche und der oberen Gewalt konnte diese bedauerliche Erregung bewirken. Die Rechte und Privilegien des Landes, seine besondere kirchliche Organisation und seine Gesetzgebung werden nicht nur aufrecht erhalten, sondern erhalten in vielen Theilen noch weitere Entwicklung.“

Auf diese Weise habe das Reich Finnlands unter russischem Scepter bewiesen, daß seine Vereinigung mit Rußland die freie Entwicklung seiner lokalen Einrichtungen nicht behindere, und Finnlands Wohlstand bezeuge, daß die Vereinigung zu seinem eigenen Vortheil gereiche. Ungeachtet dessen geben die Überbringer, die zwischen einigen Berordnungen Finnlands und den allgemeinen Reichsgesetzen bestehen, und die unzulängliche Genauigkeit der Gesetze, betreffend die Beziehungen des Großfürstenthums zum Reiche, bedauerlicher Weise Veranlassung zu fasscher Auslegung der wirklichen Bedeutung der Maßnahmen, die für Zwecke getroffen werden, die allen Theilen des russischen Reichs gemeinlich sind. Allein ich hoffe, heißt es weiter, daß die Besanntheit des finnischen Volkes die Bestimmung einleihen und richtiges Begreifen der eigenen Vortheile es bewegen wird, eine festere Knüpfung der Bande anzustreben die Finnland und Rußland zu verbinden.“

h. Russische Konversion. Unter Petersburger Korrespondent schreibt uns: Das Resultat der ersten inneren Konversion der 5/100prozentigen in 4prozentige Staatspapiere muß um so mehr als glänzend bezeichnet werden, als die Konversion ausschließlich durch die Reichsbank durchgeführt worden ist zu einer Zeit, da die ausländischen Geldmärkte durch die Krisen in London und in Paris mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Die ganze Summe der bis zum 1. Juni zu konvertirenden 5/100prozentigen Werthe betrug 66 174 000 Rubel, wobei zur Entschädigung der Obligationen ein Konversionsprämie von 4 662 243 Rubel baar ausgelegt war. Es haben sich die Inhaber von im Ganzen 55 1/2 Millionen Rubel der 5/100prozentigen Anleihe bereit erklärt, in die Konversion zu willigen, d. h. 85 Prozent der Obligationen, wovon mehr als 40% Millionen auf Petersburg allein fallen. Als charakteristisches Merkmal verdient bemerkt zu werden, daß viele Besitzer der 5/100prozentigen Rente gegeben haben, die ihnen ausfallende Konversionsprämie nicht in Baargeld, sondern ebenfalls in neuen 4prozentigen Werthen zu erhalten. Als Konversionsprämie für die zur Konversion vorgelegten 55 1/2 Millionen entfallen 3 885 000 Rubel, so daß die Summe der die Reichsbank zur Realisation übrig bleibenden Werthe (zum Minimalpreis von 93 Prozent) ungefähr 10 65 Millionen Rubel beträgt. Voraussetzlichlich wird die Reichsbank aber erst später zum Verkauf dieser Obligationen schreiten. Die Differenz zwischen hierdurch einen beträchtlichen Gewinn, da die Preisanzahl der Emissionen heute auf 98 Prozent eine bedeutende ist. Selbst wenn man annimmt, daß die Reichsbank in der ersten Zeit die 4prozentigen Obligationen etwas niedriger verkaufen wird als zum Nennwert, so wird ihr doch durch die Realisation der ersten inneren Konversion ein Reingewinn von etwa 475 000 Rubel erwachsen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Erlöse den Anstoß zu weiteren, nachdrücklich nach bevorstehenden inneren Konversionen geben wird.

Die Beschlagnahme. Lissabon. Aus amtlicher Quelle stammende Blätternachrichten besagen die Londoner Meldungen aus Copetown und Durban in Betreff der Beschlagnahme des Dampfers „County Carnarvon“ und der Befehlsnahme einer englischen Jagdgesellschaft in Beira. Der fragliche Dampfer habe die Unversehrtheit des Regierungsdampfers benutzt, um mit vollem Dampf den Simpopo hinaufzufahren, ohne die Signale des Zollpostens zu beachten und infolge derlei zu stoppen; derselbe wurde hierauf durch einen portugiesischen Dampfer angehalten. „County Carnarvon“ enthielt Waffen und Munition, welche für einige der portugiesischen Regierung unterliegende Häuptlinge an den Ufern des Simpopo bestimmt waren. Die Beschlagnahme erfolgte also durchaus gerechtfertigter Weise. In Betreff der englischen Jagdgesellschaft habe ein englischer in Beira vorüberfahrender Dampfer dortselbst zwei Boote mit Munition und 10 Mann Besatzung zurückgelassen. Da die letzteren keinen amtlichen Ausweis besaßen, mußten sie als Piraten angesehen und von jedem Schiffes genommen werden.

In der Paltsammer befähigte der Marineminister die vorstehenden Nachrichten und brachte die besaglichen Artikel einer portugiesischen Verfügung zur Verlesung, welcher zufolge die Einfuhr von Waffen und Munition über die Ostküste von Afrika verboten ist. Der Minister fügte hinzu, daß die Waffen, welche auf dem Dampfer „County Carnarvon“ gefunden wurde, für die Häuptlinge und die unter portugiesischer Oberhoheit stehenden Eingebornen von Inhambane bestimmt gewesen seien.

Empörung. Einer Meldung aus Batavia zufolge empörten sich die Eingeborenen der Insel Flores gegen den Statthalter. Die Truppen besiegten die Rebellen und nahmen ihren Führer gefangen.

Die Wahlen in Buenos Aires. Dem „Standard“ wird aus Buenos Aires gemeldet, daß die Wahlen ohne Störung verlaufen und zu Gunsten der Union Civica ausgefallen sind, deren Leiter Allen und bei Halle gewählt wurden. Die Besserung der politischen Lage übe eine merkwürdige Wirkung auf die Finanzlage aus: das Gold fiel um 11 Punkte, der Markt sei kräftiger. Die Börse schloß die Cotierung der neuen Anleihe auf.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Fißcher.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Notleidende Waffkleider Nr. 16,80
1/2 St. Stoff zur kompl. Robe und bessere Qualitäten —
bes. vort. u. kostf. des Fabrik-Dops G. Genseberg
(K. u. K. Hofliefer.) Zürich, Muster umgeben. Doppeltes
Preisporto nach der Schweiz.

